



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 3. Sitzung des Stadtrates (SR/003/2009)

am Donnerstag, 01.10.2009,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Plenarsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

CDU-Fraktion

Dr. Gudrun Böhm
Dr. Georg Böhme-Korn
Dr. Hans-Joachim Brauns
Jan Donhauser
Elke Fischer
Ingo Flemming
Dietmar Haßler
Steffen Kaden
Sebastian Kieslich
Lothar Klein
Lars-Detlef Kluger
Peter Krüger
Angelika Malberg
Christa Müller
Klaus Rentsch
Dr. Helfried Reuther
Lars Röher
Silke Schöps
Patrick Schreiber
Joachim Stübner
Horst Uhlig
Anke Wagner
Stefan Zinkler

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Christiane Filius-Jehne
Ulrike Hinz
Jens Hoffsommer
Eva Jähnigen
Eva Kämmerer
Stephan Kühn
Thomas Löser
Andrea Schubert
Torsten Schulze
Thomas Trepte
Elke Zimmermann

SPD-Fraktion

Peter Bartels
Axel Bergmann
Martin Bertram
Thomas Blümel
Sabine Friedel
Wilm Heinrich
Richard Kaniewski
Dr. Peter Lames
Albrecht Pallas

Fraktion DIE LINKE.

Anja Apel
Dr. Margot Gaitzsch
Kristin Klaudia Kaufmann
Tilo Kießling
Annekatriin Klepsch
Gunild Lattmann
Jens Matthis
Hans-Jürgen Muskulus
Andreas Naumann
André Schollbach
Dr. Klaus Sühl
Tilo Wirtz

FDP-Fraktion

Jürgen Felgner
Dr. Thoralf Gebel
Jens Genschmar
Barbara Lässig
Jan Mücke
Eberhard Rink
André Schindler
Burkhard Vester
Holger Zastrow

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer
Christoph Hille
Jan Kaboth
Anita Köhler

fraktionslose Stadträte

Jens Baur
Hartmut Krien

Abwesend:

Schriftführer/-in

Frau Reiher, Frau Volbrecht

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|----|--|----------------------------------|
| 1 | Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse | |
| 2 | Bericht der Oberbürgermeisterin | |
| 3 | Fragestunde der Stadträtinnen und Stadträte | |
| 4 | Besetzung des Jugendhilfeausschusses; Wahl der acht Mitglieder bzw. der persönlichen stellvertretenden Mitglieder entsprechend den von den Fraktionen unterbreiteten Vorschlägen nach § 42 Abs. 2 SächsGemO | V0199/09
beschließend |
| 5 | Benennung von Beiratsmitgliedern gemäß § 8 des Gründungsvertrages der SGB II - Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Dresden | V0105/09
beschließend |
| 6 | Besetzung der Verbandsversammlung des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen (KSV) | V0115/09
beschließend |
| 7 | Wahl des Aufsichtsrates der Flughafen Dresden GmbH | V0051/09
beschließend |
| 8 | Wahl des Aufsichtsrates der Mitteldeutsche Flughafen AG | V0058/09
beschließend |
| 9 | Wahl der Vertreter/-innen der Landeshauptstadt Dresden und ihrer Stellvertreter/-innen in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Verbundsparkasse "Ostsächsische Sparkasse Dresden" | V0056/09
beschließend |
| 10 | Wahl eines Stellvertreters/einer Stellvertreterin für die Oberbürgermeisterin in die Anteilseignerversammlung der Sachsen-Finanzgruppe | V0061/09
beschließend |
| 11 | Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates der Ostsächsischen Sparkasse Dresden | V0070/09
beschließend |
| 12 | Änderung der Hauptsatzung zur Beschleunigung des Geschäftsganges | V0178/09
beschließend |
| 13 | Bildung eines Ausschusses für Kindertagesstätten und Schulen | A0007/09
beschließend |
| 14 | Übernahme der Präsidentschaft im europäischen Netzwerk POLIS und Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters der Oberbürgermeisterin für die Politische Gruppe des Netzwerkes | V0121/09
beschließend |
| 15 | Überprüfung der Stadträte auf MfS-Tätigkeit | A0057/09
beschließend |

- | | | |
|----|--|-------------------------------------|
| 16 | Städtebauliche Überplanung | A0015/09
beschließend |
| 17 | Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im öffentlichen Beschaffungswesen | A0024/09
beschließend |
| 18 | Dresdner Umweltprämie für Altfahrräder | A0005/09
beschließend |
| 19 | Bericht zum Sachstand hinsichtlich möglicher Ungleichbehandlungen bei der Bemessung der Grundsteuer in Eingemeindungsgebieten | V0146/09
zur Information |

Nicht öffentlich

- | | | |
|----|--|----------------------------------|
| 20 | Vergabe-Nr.: A0004/09
Instandsetzung, Modernisierung und Umbau des Kulturpalastes Dresden mit dem Hauptnutzungszweck: Konzertsaal Dresdner Philharmonie und Städtische Zentralbibliothek
Art und Umfang der Leistung: Vergabe von Leistungen für Raum- und Bauakustik nach §§ 80 bis 90 HOAI Teil XI (einschließlich Erschütterungsschutz und Schallimmissionsschutz) | V0173/09
beschließend |
|----|--|----------------------------------|

Einleitung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die 3. Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, dem 1. Oktober 2009, und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Abstimmung der Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin gibt bekannt, dass TOP 13 (A0007/09) und TOP 18 (A0005/09) auf Wunsch des Einreichers vertagt werden. Weiterhin weist sie darauf hin, dass zu TOP 19 (V0146/09) die Informationsvorlage bereits ausgereicht worden sei und damit sich der TOP 19 erledigt habe.

Herr Stadtrat Dr. Lames beantragt, den TOP 15 (A0057/09) in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit und den TOP 17 (A0024/09) in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung zu verweisen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Stadtrat Dr. Lames auf Rückverweisung von TOP 15 und TOP 17 in die genannten Ausschüsse mehrheitlich zu.

Die Oberbürgermeisterin vertagt TOP 20 (V0173/09) aufgrund von Klärungsbedarf zur Verfahrensweise.

Herr Stadtrat Kühn beantragt, den TOP 16 (A0015/09) in den Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft zu überweisen, da u. a. die Thematik Hochwasserschutz berührt würde.

Gegenrede

Herr Stadtrat Dr. Brauns spricht sich dagegen aus.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Stadtrat Kühn, den TOP 16 in den Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft zu überweisen, mit 35 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt der so geänderten Tagesordnung mehrheitlich zu.

1 Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse

Die Oberbürgermeisterin informiert über folgenden in nicht öffentlicher Sitzung am 10. September 2009 gefassten Beschluss:

V0132/09 Geschäftsführervakanzen Stadtreinigung Dresden GmbH

2 Bericht der Oberbürgermeisterin

Die Oberbürgermeisterin informiert über folgende Themen:

- Technisches Rathaus, Einberufung einer Arbeitsgruppe und Einladung für die 1. Sitzung am 9. Oktober 2009. (Die Einladung wurde den Vorsitzenden der Fraktionen am 1. Oktober 2009 ausgereicht.)
- Interkulturelle Tage
- Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen, Rückblick, Ergebnisse und Dank an die Wahlhelfer
- Dienstreise nach Brüssel vom 4. bis 6. Oktober 2009, Podiumsdiskussion „Globale Krise, regionale Antworten?“ zur Eröffnungsveranstaltung der OPEN DAYS sowie Dienstreise nach Hangzhou vom 14. bis 19. Oktober 2009
- Veranstaltungen am 1. Oktober „Zug der Freiheit“ und am 8. Oktober 2009 „20 Jahre Friedliche Revolution“

3 Fragestunde der Stadträtinnen und Stadträte

Folgende mündliche Anfragen sind schriftlich zu beantworten:

Herr Stadtrat Böhme-Korn, CDU-Fraktion,
zum zentralen Omnibusbahnhof am Wiener Platz;

Frau Stadträtin Apel, Fraktion DIE LINKE.,
zur Zusammenarbeit der Oberbürgermeisterin mit den Fraktionen;

Frau Stadträtin Schubert, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
zum Technischen Rathaus;

Herr Stadtrat Heinrich, SPD-Fraktion,
zu Umbaukosten Kulturpalast;

Herr Stadtrat Dr. Gebel, FDP-Fraktion,
zum Förderprogramm BMBF „Lernen vor Ort“;

Herr Stadtrat Kaboth, BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion,
zu Maßnahmen und weiteres Vorgehen im Technischen Rathaus;

Herr Stadtrat Baur, fraktionslos,
zu finanziellen Auswirkungen der Finanzkrise;

Herr Stadtrat Kaden, CDU-Fraktion,
zum Stand DSL in Dresdner Stadtgebieten;

Frau Stadträtin Klepsch, Fraktion DIE LINKE.,
zu Einladungen der Intendanten in den Ausschuss für Kultur;

Frau Stadträtin Zimmermann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
zum Speicher Altplauen;

Herr Stadtrat Blümel, SPD-Fraktion,
zu Aussagen zum Technischen Rathaus;

Herr Stadtrat Vester, FDP-Fraktion,
zur Stadioneröffnung;

Herr Stadtrat Kaboth, BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion,
zur Umsetzung Beschluss Verkehrsberuhigung Dorfkern Loschwitz;

Herr Stadtrat Krien, fraktionslos,
zur Europäischen Dienstleistungsrichtlinie.

- | | | |
|----------|--|--|
| 4 | Besetzung des Jugendhilfeausschusses; Wahl der acht Mitglieder bzw. der persönlichen stellvertretenden Mitglieder entsprechend den von den Fraktionen unterbreiteten Vorschlägen nach § 42 Abs. 2 SächsGemO | V0199/09
beschließend |
|----------|--|--|

Die Oberbürgermeisterin stellt die Vorlage V0199/09 vor.

Die Oberbürgermeisterin stellt zunächst **Punkt 1** zur Abstimmung. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Abstimmung Punkt 1:

Der Stadtrat stimmt Punkt 1 der Vorlage V0199/09 mit 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 28 Enthaltungen zu.

Die Oberbürgermeisterin stellt zu **Punkt 2** der Vorlage fest, dass mehr Kandidaten als zu vergebene Sitze vorgeschlagen worden sind. Es wird keine Liste zurückgezogen, so dass kein Einigungsverfahren möglich ist. Es findet Listenwahl statt.

Wortmeldungen:

Herr Stadtrat Kießling stellt eine Frage zum Verfahren und bittet um Aufnahme der Antwort in die Niederschrift. Er möchte wissen, ob er in der folgenden geheimen Wahl eine andere Liste als seine eigene Fraktion ankreuzen darf?

Der Zweite Bürgermeister, Herr Sittel, antwortet wie folgt: Durch den Schriftverkehr mit der Landesdirektion sei klar herausgestellt, dass das Wesentliche das Ergebnis ist, dass Voraussetzung des Ergebnisses zur Erreichung der Spiegelbildlichkeit ist, dass jede Stimme einer Fraktion auf die eigenen Vorschläge erfolgt, weil nur so die von der Landesdirektion gewünschte Spiegelbildlichkeit im Sinne des Verhältnisprinzips Hare-Niemeyer erreicht wird.

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Krien weist darauf hin, dass auf der ausgereichten namentlichen Übersicht für die Fraktion DIE LINKE. „N.N.“ kandidiert. Das könne nicht sein.

Die Oberbürgermeisterin erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE. zwischenzeitlich die Namen nachgereicht habe.

Herr Stadtrat Kießling hätte eine einfache Frage gestellt, die nicht eindeutig beantwortet worden sei. Er wiederhole seine Frage, ob er in geheimer Wahl eine andere Liste als die seiner Fraktion ankreuzen darf. Die Begründung sei ihm bekannt. Er wolle konkret wissen, Ja oder Nein.

Der Zweite Bürgermeister erwidert, dass Herr Stadtrat Kießling eine rhetorische Frage gestellt hätte. Die Frage, die sich in rechtspolitischer Hinsicht stellt, warum man überhaupt wählt, wenn diese Spiegelbildlichkeit vorgeschrieben ist, sollte der Gesetzgeber beantworten. Wie man sich schlussfolgernd aus der jüngst ergangenen oder zurückliegenden Rechtssprechung dazu stellen müsse, sei völlig klar. Er wolle dem Schriftverkehr mit der Landesdirektion nichts hinzufügen. Es sei erforderlich, dass alle so stimmen, wie es den Vorschlägen der eigenen Fraktion entspricht, weil nur so die Spiegelbildlichkeit hergestellt werden kann. Das ist eindeutig.

Herr Stadtrat Matthis bittet um wörtliche Aufnahme der letzten Sätze von Herrn Bürgermeister Sittel in die Niederschrift. Diese würden im direkten Gegensatz zum Wortlaut der Kommentierung zur SächsGemO stehen.

Die Oberbürgermeisterin nennt auf Wunsch von Herrn Stadtrat Krien die Namen der Liste 2 (Fraktion DIE LINKE.): Demnach stehen auf dem Wahlzettel Liste 2: Tilo Kießling/Erik Richter und Anja Stephan/Franka Kuhne.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang **TOP 4, Punkt 2**, TOP 7, Punkt 2, TOP 8, Punkt 2, und TOP 9, und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Ergebnis Listenwahl zu Punkt 2:

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	70
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	70

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (2,62) = 2 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	16 Stimmen (1,82) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	7 Stimmen (0,80) = 1 Sitz
Liste 4	SPD-Fraktion	7 Stimmen (0,80) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,02) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	8 Stimmen (0,91) = 1 Sitz

Die Oberbürgermeisterin kündigt die Prüfung eines Widerspruches an, da das Ergebnis das gleiche Problem widerspiegeln, welches durch die Landesdirektion bereits beanstandet worden sei.

Persönliche Erklärung von Herrn Stadtrat Schreiber, CDU-Fraktion:

„Ich halte es für ein katastrophales Ergebnis und ein katastrophales Vorgehen, das hier in diesem Stadtrat bei der Besetzung des Jugendhilfeausschusses stattfindet. Der Stadtrat oder viele Stadträte sind sich scheinbar nicht dessen bewusst, was sie damit eigentlich produzieren. Sie produzieren damit, dass die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe mindestens in diesem Jahr nicht mehr wissen, wie sie haushalterisch im nächsten Jahr ausgestattet sein werden. Wenn ich mir das Verfahren anschau, d. h. ein Widerspruch, eine neue Wahl hier bzw. bis zum Gerichtsverfahren, dann sehe ich das auch im 1. Halbjahr des nächsten Jahres nicht. Ich bitte Sie einfach dringlichst, sich Ihrer Verantwortung endlich einmal bewusst zu werden und dieses Ränkespielchen, dieses Machtspielchen, was Sie hier auf Kosten der Kinder und Jugendlichen spielen, zu unterlassen.“

Herr Stadtrat Kießling hält die Ausführungen von Herrn Stadtrat Schreiber nicht für eine persönliche Erklärung, da dieser in keiner Weise persönlich betroffen gewesen wäre.

Er halte es für wichtig, dass im Stadtrat das Ergebnis geheimer Wahlen geachtet und nicht ständig angegriffen werde. Er wende sich gegen den Vorwurf, dass Einzelne mit ihrer Entscheidung in der Wahlkabine unverantwortlich handeln würden.

Er verweise auf das Landesjugendhilfegesetz, welches eindeutig regelt, dass der alte Jugendhilfeausschuss so lange im Amt bleibe, bis der neue Jugendhilfeausschuss mit seiner Arbeit beginne. Insofern könnten die Entscheidungen zur Förderung der Kinder- und Jugendhilfe getroffen werden, wenn Interesse daran bestehe. Dazu müsste der Jugendhilfeausschuss in seiner bisherigen Besetzung der letzten Wahlperiode einberufen werden. Er bitte die Oberbürgermeisterin um Prüfung.

Frau Stadträtin Friedel möchte wissen, ob die Oberbürgermeisterin nur gegen diesen einen Beschluss einen Widerspruch prüfe oder ob es aufgrund der bisher bekannt gegebenen Wahlergebnisse noch weitere sein könnten. Die Frage werde durch die Oberbürgermeisterin verneint.

1. **Der Stadtrat hebt** seine Entscheidung vom 13.08.2009 zu Ziffer 1 des Beschlusses V0078 (Anlage 1 der Vorlage) auf.
2. Der Stadtrat wählt acht Mitglieder bzw. die persönlichen stellvertretenden Mitglieder entsprechend den von den Fraktionen unterbreiteten Vorschlägen nach § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. § 10 Abs. 2 Satz 2 Hauptsatzung („Die Zusammensetzung der Ausschüsse soll der Mandatsverteilung im Stadtrat entsprechen (Hare-Niemeyer).“).

Mitglied

Stellvertreter/-in

CDU-Fraktion

Lars Röher	Silke Schöps
Patrick Schreiber	Stefan Zinkler

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Kießling	Erik Richter
Anja Stephan	Franka Kuhne

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Hoffsommer	Thomas Trepte
-----------------	---------------

SPD-Fraktion

Ines Vogel	Thomas Blümel
------------	---------------

FDP-Fraktion

André Schindler	Jens Genschmar
-----------------	----------------

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer	Anita Köhler
---------------------	--------------

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1: Ja 40 Nein 0 Enthaltung 28

Punkt 2: gewählt

- 5 Benennung von Beiratsmitgliedern gemäß § 8 des Gründungsvertrages der SGB II - Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Dresden** **V0105/09**
beschließend

Die Oberbürgermeisterin stellt zu **Punkt 1** der Vorlage V0105/09 fest, dass mehr Kandidaten als zu vergebene Sitze vorgeschlagen worden sind. Es wird keine Liste zurückgezogen, so dass kein Einigungsverfahren möglich ist. Es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin schlägt zu **Punkt 2** der Vorlage V0105/09 offene Abstimmung vor. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Abstimmung Punkt 2:

Der Stadtrat stimmt Punkt 2 der Vorlage V0105/09 mit 70 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen vor.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang **TOP 5, Punkt 1**, und TOP 6, Punkt 2, und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Ergebnis Listenwahl Punkt 1:

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	70
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	70

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,28) = 3 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	12 Stimmen (1,71) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,57) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	9 Stimmen (1,28) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	9 Stimmen (1,28) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,57) = 1 Sitz
Liste 7	fraktionslos	2 Stimmen (0,28) = kein Sitz

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass noch ein Sitz zu besetzen ist und gelöst werden müsse. Nach Reklamation erklärt **die Oberbürgermeisterin**, es sei festgestellt worden, dass das Losverfahren nicht notwendig gewesen wäre, die Sitzverteilung sei eindeutig, der zehnte Sitz gehe nach der korrigierten Berechnung an die Liste 6, gewählt sei Frau Köhler.

1. **Der Stadtrat wählt** in Umsetzung des § 8 Abs. 1 des Gründungsvertrages der SGB II – Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Dresden die von der Landeshauptstadt Dresden zu benennenden 10 Beiratsmitglieder des Beirates ARGE Dresden.

CDU-Fraktion

Elke Fischer
Silke Schöps
Angelika Zerbst

Fraktion DIE LINKE.

Kristin Klaudia Kaufmann
Hans-Jürgen Muskulus

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Michael Schmelich
Dr. Peter Müller

SPD-Fraktion

Dr. Peter Lames

FDP-Fraktion

Burkhard Vester

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Anita Köhler

2. Der Stadtrat nimmt die Vorschläge zur Besetzung des Beirates von Seiten der Agentur für Arbeit Dresden billigend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1: gewählt

Punkt 2: Ja 70 Nein 0 Enthaltung 0

6 Besetzung der Verbandsversammlung des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen (KSV)

**V0115/09
beschließend**

Frau Stadträtin Müller beantragt eine Auszeit von 3 Minuten.

- **Auszeit**

Frau Stadträtin Müller benennt zu Punkt 2 der Vorlage V0115/09 zwei Stellvertreter für die Liste 1 (CDU-Fraktion). Stellvertreter für Hartmut Vorjohann: Peter Krüger, Stellvertreter für Elke Fischer: Patrick Schreiber.

Die Oberbürgermeisterin stellt zu Punkt 2 der Vorlage V0115/09 fest, dass mehr Kandidaten als zu vergebene Sitze vorgeschlagen worden sind. Es wird keine Liste zurückgezogen, so dass kein Einigungsverfahren möglich ist. Es findet Listenwahl statt.

Wortmeldungen:

Herr Stadtrat Hoffsommer erläutert und begründet den Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herrn Bürgermeister Seidel auf die Liste zur Besetzung der Verbandsversammlung des KSV zu nehmen. Er richtet die Bitte an Herrn Bürgermeister Seidel, die im KSV erhaltenen Informationen auch an die Fraktionen weiterzugeben, die nicht im KSV vertreten sein werden. Weiterhin sollten entsprechende Informationen im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen erfolgen.

Herr Bürgermeister Seidel stimmt dem zu.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang **TOP 6, Punkt 2**, und TOP 5, Punkt 1, und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Ergebnis Listenwahl Punkt 2:

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	70
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	70

Liste 1	CDU-Fraktion	24 Stimmen (2,05) = 2 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	12 Stimmen (1,02) = 1 Sitz
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	12 Stimmen (1,02) = 1 Sitz
Liste 4	SPD-Fraktion	9 Stimmen (0,77) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	10 Stimmen (0,85) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	3 Stimmen (0,25) = kein Sitz

Damit ist Punkt 1 der Vorlage hinfällig.

Der Stadtrat wählt 6 Vertreter/-innen und Stellvertreter/-innen in die Verbandsversammlung des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen (KSV).

Fraktion	Mitglied	Stellvertreter/-in
CDU-Fraktion	Hartmut Vorjohann	Peter Krüger
	Elke Fischer	Patrick Schreiber
Fraktion DIE LINKE.	Hans-Jürgen Muskulus	Tilo Kießling
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Martin Seidel	Ulrike Hinz
SPD-Fraktion	Richard Kaniewski	Peter Bartels
FDP-Fraktion	Jens Genschmar	Burkhard Vester

Abstimmungsergebnis:

gewählt

7 Wahl des Aufsichtsrates der Flughafen Dresden GmbH**V0051/09
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt zu **Punkt 1** der Vorlage V0051/09 offene Abstimmung vor. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt Punkt 1 der Vorlage V0051/09 mit 63 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Die Oberbürgermeisterin stellt zu **Punkt 2** der Vorlage V0051/09 fest, dass mehr Kandidaten als zu vergebene Sitze vorgeschlagen worden sind. Es wird keine Liste zurückgezogen, so dass kein Einigungsverfahren möglich ist. Es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang **TOP 7, Punkt 2, TOP 4, Punkt 2, TOP 8, Punkt 2, und TOP 9**, und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Ergebnis der Listenwahl zu Punkt 2:

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	70
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	70, davon 2 ungültige Stimmen

Liste 1	CDU-Fraktion	34 Stimmen (1,00) = 1 Sitz
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	25 Stimmen (0,73) = 1 Sitz
Liste 3	SPD-Fraktion	6 Stimmen
Liste 4	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	1 Stimme
Liste 5	fraktionslos	2 Stimmen

Die Oberbürgermeisterin schlägt zu **Punkt 3** der Vorlage V0051/09 die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt Punkt 3 mit 67 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

1. **Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden widerruft** gemäß § 98 Abs. 2 SächsGemO die Bestellung der in Anlage 1 der Vorlage aufgeführten vom Stadtrat bestimmten Mitglieder des Aufsichtsrates der Flughafen Dresden GmbH.
2. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden wählt gemäß § 98 Abs. 2 i. V. m. § 42 Abs. 2 SächsGemO sowie § 9 des Gesellschaftsvertrages der Flughafen Dresden GmbH folgende 2 Personen als Mitglieder für den Aufsichtsrat der Gesellschaft:

CDU-Fraktion

Lothar Klein

Fraktion DIE LINKE.

Anja Apel

3. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, gemäß Stimmbindungsvertrag vom 21. März 2001 zwischen der Landeshauptstadt Dresden und dem Freistaat Sachsen die zur Abberufung bzw. Entsendung entsprechend den Beschlusspunkten 1 und 2 vorgesehenen Personen als Aufsichtsratsmitglieder der Flughafen Dresden GmbH dem Freistaat Sachsen zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1: Ja 63 Nein 0 Enthaltung 0

Punkt 2: gewählt

Punkt 3: Ja 67 Nein 0 Enthaltung 0

8 Wahl des Aufsichtsrates der Mitteldeutsche Flughafen AG

**V0058/09
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt zu **Punkt 1** der Vorlage V0058/09 offene Abstimmung vor. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Abstimmung Punkt 1:

Der Stadtrat stimmt Punkt 1 der Vorlage V0058/09 mit 65 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Die Oberbürgermeisterin stellt zu **Punkt 2** der Vorlage V0058/09 fest, dass mehr Kandidaten als zu vergebene Sitze vorgeschlagen worden sind. Es wird keine Liste zurückgezogen, so dass kein Einigungsverfahren möglich ist. Es findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang **TOP 8, Punkt 2**, TOP 4, Punkt 2, TOP 7, Punkt 2 und TOP 9, und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Ergebnis der Listenwahl zu Punkt 2:

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	70
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	70, davon 22 ungültige Stimmen

Liste 1	FDP-Fraktion	46 Stimmen (0,958) = 1 Sitz
Liste 2	fraktionslos	2 Stimmen = kein Sitz

Die Oberbürgermeisterin schlägt zu **Punkt 3** die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Abstimmung Punkt 3:

Der Stadtrat stimmt dem Beschlusspunkt 3 mit 63 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden widerruft gemäß § 98 Abs. 2 SächsGemO die Bestellung des in Anlage 1 der Vorlage aufgeführten vom Stadtrat bestimmten Mitgliedes des Aufsichtsrates der Mitteldeutsche Flughafen AG.
2. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden bestimmt gemäß § 98 Abs. 2 i. V. m. § 42 Abs. 2 SächsGemO sowie § 11 der Satzung der Mitteldeutsche Flughafen AG folgende Person als Mitglied für den Aufsichtsrat der Gesellschaft:

Dirk Hilbert, Beigeordneter für Wirtschaft

3. Die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Landeshauptstadt Dresden in der Hauptversammlung der Mitteldeutschen Flughafen AG wird beauftragt, ihr Abstimmungsverhalten entsprechend der Beschlusspunkte 1 und 2 auszurichten sowie gemäß Stimmbindungsvertrag vom 21. März 2001 zwischen der Landeshauptstadt Dresden und dem Freistaat Sachsen die zur Abberufung bzw. Wahl entsprechend den Beschlusspunkten 1 und 2 vorgesehene Person als Aufsichtsratsmitglied der Mitteldeutsche Flughafen AG dem Freistaat Sachsen zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1: Ja 65 Nein 0 Enthaltung 0

Punkt 2: gewählt

Punkt 3: Ja 63 Nein 0 Enthaltung 0

9 Wahl der Vertreter/-innen der Landeshauptstadt Dresden und ihrer Stellvertreter/-innen in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Verbundsparkasse "Ostsächsische Sparkasse Dresden"

**V0056/09
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt zu Vorlage V056/09 Einigung auf offene Abstimmung vor. Dem widerspricht Herr Stadtrat Krien. Damit ist kein Einigungsverfahren möglich. Es findet Listenwahl statt.

Herr Stadtrat Schollbach beantragt eine Auszeit von 3 Minuten.

- **Auszeit**

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu **TOP 9**, TOP 4, Punkt 2, TOP 7, Punkt 2 und TOP 8, Punkt 2, und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Stimmzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet.

Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Ergebnis der Listenwahl:

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	70
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	71

Die Oberbürgermeisterin informiert, dass im Ergebnis der Auszählung der Stimmzettel festgestellt wurde, dass mehr Stimmen abgegeben wurden als Stadträte anwesend seien und deshalb die Wahl zum TOP 9 wiederholt werden müsse.

Herr Stadtrat Matthis widerspricht dem Vorschlag der Oberbürgermeisterin und plädiert dafür, unter Beteiligung von Stadträten eine erneute Zählung der Stimmzettel durchzuführen. Die Wahl könne nicht so ohne Weiteres wiederholt werden. Er beantragt für die Fraktion DIE LINKE., die Zählung nachzuprüfen.

Die Oberbürgermeisterin sagt die Prüfung zu. Demnach seien 70 Mitglieder des Stadtrates eingetragen. Sie biete den Fraktionen an, je einen Vertreter zu entsenden, der gemeinsam mit der Verwaltung die Prüfung übernehmen könne. Dafür schlage sie eine Auszeit vor.

Weiterhin übergibt sie die Leitung der Sitzung an den Zweiten Bürgermeister, Herrn Sittel.

- **Auszeit und Prüfung der Stimmzettel durch Vertreter der Fraktionen und der Verwaltung**

Der Zweite Bürgermeister, Herr Sittel, bestätigt im Ergebnis der Prüfung das Vorliegen von 71 Stimmzetteln. Zur Aufklärung werde als einzige plausible Aussage für möglich gehalten, dass irrtümlich ein Stimmzettel zu viel ausgegeben worden sei und ein Mitglied des Stadtrates offensichtlich zwei Stimmzettel in gleicher Sache abgegeben habe.

Er schlage vor, die Pause zur Abstimmung über das weitere Verfahren zu nutzen. Es bestehe die Möglichkeit der Einigung, da für die sieben zu besetzenden Positionen sieben Kandidaten vorgeschlagen worden seien.

Die Oberbürgermeisterin hat nach der Pause die Leitung der Sitzung wieder übernommen.

Anknüpfend an die Ausführungen des Zweiten Bürgermeisters vor der Pause schlage sie Einigung auf offene Abstimmung vor. Herr Stadtrat Krien widerspricht dem Vorschlag. Damit müsse erneut gewählt werden.

Die Oberbürgermeisterin gibt nach nochmaliger Abstimmung mit dem Zweiten Bürgermeister, Herrn Sittel, bekannt, dass sie entgegen ihrer Ankündigung zur Wiederholung der Wahl die Prüfung bezüglich eines Widerspruches vorziehe. Aus diesem Grunde nehme sie den TOP 9 von der Tagesordnung. Damit würden auch die übrigen Wahlen zum TOP 11 (V0070/09) entfallen, da diese erst mit einer gültigen Wahl zu TOP 9 möglich wären.

Herr Stadtrat Matthis vertritt die Auffassung, dass die Oberbürgermeisterin nicht so einfach eine Vorlage von der abgestimmten Tagesordnung nehmen könne, das könne nur der Stadtrat.

Der Zweite Bürgermeister verweist darauf, dass die Oberbürgermeisterin das Ergebnis der Wahl zum TOP 9 bekannt gegeben habe. Auf Grund der Tatsache, dass mehr Stimmen (71) abgegeben wurden als Stadträte (70) anwesend seien, bedarf es einer rechtlichen Prüfung,

ob es zur Feststellung einer Nichtigkeit oder eines Widerspruches komme. Dafür habe die Oberbürgermeisterin eine Woche Zeit. Für den Fall, dass sich daraus ein Widerspruch ergebe, gibt es eine Formalie, ansonsten die Wiederholung der Wahl.

Eine Wahl zum TOP 11 sei aus faktischen, weil rechtlich vorgelagerten Gründen, nicht möglich. Insofern bedarf es nicht der Herunternahme von der Tagesordnung durch den Stadtrat.

Herr Stadtrat Schollbach teilt die Meinung von Herrn Stadtrat Matthis voll umfänglich. Der Stadtrat müsse eine solche Vertagung beschließen, die er hiermit beantrage.

Der Zweite Bürgermeister stellt noch einmal fest, dass der Stadtrat über eine Vertagung als solche nicht beschließen müsse. Da aber ein Geschäftsordnungsantrag gestellt wurde, spreche nichts dagegen, den auch abstimmen zu lassen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Stadtrat Schollbach auf Vertagung des TOP 9 mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis:

erneute Beratung

10 Wahl eines Stellvertreters/einer Stellvertreterin für die Oberbürgermeisterin in die Anteilseignerversammlung der Sachsen-Finanzgruppe **V0061/09**
beschließend

Die Oberbürgermeisterin stellt zu Vorlage V0061/09 fest, dass mehr Kandidaten als zu vergebene Sitze vorgeschlagen worden sind, sodass kein Einigungsverfahren möglich sei. Es wird keine Liste zurückgezogen. Damit erfolgt Listenwahl.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu **TOP 10** und TOP 14, Punkt 2, und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Ergebnis der Listenwahl:

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69

Liste 1	CDU-Fraktion	36 Stimmen = 1 Sitz
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	31 Stimmen
Liste 3	SPD-Fraktion	1 Stimme
Liste 4	fraktionslos	1 Stimme

Der Stadtrat wählt gemäß § 7 Abs. 3 und 4 der Satzung der Sachsen-Finanzgruppe folgende Stadträtin als Vertreterin der Oberbürgermeisterin in die Anteilseignerversammlung der Sachsen-Finanzgruppe:

CDU-Fraktion

Christa Müller

Abstimmungsergebnis:

gewählt

- | | | |
|-----------|--|----------------------------------|
| 11 | Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates der Ostsächsischen Sparkasse Dresden | V0070/09
beschließend |
|-----------|--|----------------------------------|

Die Oberbürgermeisterin schlägt zu Vorlage V0070/09 vor, den Punkt 1 a) abzustimmen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Abstimmung zu Punkt 1 a):

Der Stadtrat stimmt dem Punkt 1 a) mit 67 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Die Oberbürgermeisterin stellt im Ergebnis der Wahl zu TOP 9 (V0056/09) fest, dass die übrigen Wahlen zu TOP 11 entfallen, da kein gültiges Wahlergebnis zu TOP 9 vorliege (Gründe unter TOP 9). Die Vorlage V0070/09 (Punkte b) bis e) wird deshalb vertagt.

Abstimmungsergebnis:

erneute Beratung

- | | | |
|-----------|---|----------------------------------|
| 12 | Änderung der Hauptsatzung zur Beschleunigung des Geschäftsganges | V0178/09
beschließend |
|-----------|---|----------------------------------|

Die Oberbürgermeisterin informiert darüber, dass der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit empfohlen habe, die Vorlage mit Ausnahme der §§ 9, 15 a und 20 zu vertagen und erneut in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit zu verweisen. Darüber lasse sie abstimmen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Empfehlung des Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit mit 67 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Wortmeldungen:

Herr Stadtrat Kluger bedankt sich sowohl bei den Beteiligten im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit als bei der Verwaltung für diese aus seiner Sicht relativ clevere Erstellung des Ausschussberichtes, immerhin sei es ein Novum, dass aus einer Vorlage drei Paragraphen herausgegriffen und beschlossen werden, um sich aus guten Gründen um den Rest noch etwas intensiver kümmern zu können.

Er verweist darauf, dass mit diesem Beschluss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen ein beschließender Ausschuss werden solle, um effektiver und intensiver arbeiten zu können als das bisher der Fall gewesen sei.

Der Ausschuss habe den Geschäftskreis gegenüber der Vorlage leicht verändert, weil wichtige und entscheidende Dinge, die die Öffentlichkeit interessieren, im Stadtrat behandelt werden sollen und nicht im Ausschuss.

Abschließend appelliert er an den Stadtrat, die Behandlung der Vorlage in den Ausschüssen zügig vorzunehmen.

Herr Stadtrat Kießling sehe keine Notwendig zur Eile. Was hätte den Stadtrat daran gehindert, so lange zu warten, bis die Hauptsatzung komplett hätte beschlossen werden können. Er habe die Vermutung, dass hier ein „Merkposten/Erinnerungsposten“, der in der Hauptsatzung übrig geblieben sei, weggewischt werden solle, nämlich dass das Verhältnis von Stadtrat und Verwaltung und das Verhältnis des Stadtrates in sich auch anders gestaltet werden könnte als hier.

Er verweist auf Leipzig. Dort gebe es nur einen beschließenden Ausschuss, alle anderen seien beratend. Das habe zur Folge, dass bei der ersten Ratsversammlung eine Vorlage eingebracht werde, die in der Öffentlichkeit bekannt sei. Über diese Angelegenheit könne die Öffentlichkeit dann debattieren. Danach haben die beratenden Ausschüsse die Gelegenheit, dies aufzunehmen und ihr beratendes Votum an die beschließenden Gremien weiter zu geben. Das sei für ihn transparent, öffentlicher Diskurs.

In Dresden sei das leider anders. Bei dem hier gewählten System bedeute das im Zusammenspiel aller Elemente viele beschließende Ausschüsse, keine Möglichkeit der Stadträte, sich vorher Informationen zu beschaffen und gezielt Einfluss zu nehmen. Der Stadtrat sei dadurch elementar gegenüber der Stadtverwaltung benachteiligt.

Die Fraktion DIE LINKE. werde den Beschlusspunkt 2 im Bericht des Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit ablehnen.

Herr Stadtrat Hoffsommer unterstreicht, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hinter der Aufwertung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen stehe. Sie begrüße auch, dass mehr Verantwortung abgegeben werden solle. Dies könne ein guter Weg sein, die Stadtratssitzungen zu entlasten. Deshalb sollte der Geschäftskreis auch so „geschnitzt“ sein, dass er tatsächlich über zentrale Themen entscheiden könne.

Er sei schon verwundert gewesen, dass der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit empfohlen habe, Grundsatzfragen der Leistungsgewährung herauszunehmen. Das halte er für nicht klug. Er äußert die Bitte, noch einmal genau darüber nachzudenken, ob dieser Punkt nicht wieder aufgenommen werden könne, deshalb auch der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Stadtrat Bertram verweist darauf, dass der Stadtrat trotz dieses schwierigen Verfahrens schnell zu einer gültigen Hauptsatzung kommen sollte. Die SPD-Fraktion vertrete aber auch die Ansicht, dass eine ordentliche und gründliche Beratung erfolgen müsse.

Zweifel am Verfahren bestehen auch bei der SPD-Fraktion. Problematisch sei, dass die anderen Fachausschüsse zu ihren jeweiligen Geschäftskreisen, obwohl sie schon als Fachausschüsse bestehen, im Vorfeld nicht befragt worden seien. Deshalb sei man auch teilweise unsicher gewesen, im Ausschuss Empfehlungen abzugeben.

Die SPD-Fraktion sei auch zu dem Schluss gekommen, dass die ursprüngliche Formulierung zum Geschäftskreis des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen bestehen bleiben sollte. Relevante Themen können jederzeit in den Stadtrat gehoben werden.

Er bittet, dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zuzustimmen.

Herr Stadtrat Kluger merkt an, dass die wortgleichen Änderungsanträge eigentlich die Intention des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit

widerspiegeln. Er erläutert die Gründe, warum der Ausschuss diese Entscheidung getroffen habe.

Er verweist darauf, dass es gerade bei diesen beiden Punkten, Förderrichtlinien der zuständigen Fachämter und Entscheidung zu Grundsatzfragen der Leistungsgewährung, um Themen gehe, die in der Öffentlichkeit reflektiert werden und wichtig seien. Jeder, der diesen Stadtrat kenne, wisse genau, dass Ausschussdiskussionen weitaus weniger intensiv, Ausnahmen bestätigen die Regel, wiedergegeben werden als die Diskussionen, die dann im Stadtrat geführt werden. Aus diesem Grund spreche sehr viel dafür, die beiden von ihm genannten Punkte im Stadtrat zu behandeln.

Er könne nicht verstehen, warum gerade die beiden Fraktionen, die sehr intensiv beteiligt seien, wenn es um KdU, um Hartz IV und um soziale Dinge gehe, diese Themen im Ausschuss „verstecken“ wollen, wo die Öffentlichkeit weniger reflektiert werde.

In diesem Zusammenhang verweist er auf das Thema Förderrichtlinien der zuständigen Fachämter. Hier benennt er den Ausschuss für Kultur. Laut Hauptsatzung sei er für die kommunale Kulturförderung nach Maßgabe der hierzu im Stadtrat erlassenen Richtlinie zuständig, dasselbe System. Die übergreifenden Richtlinien mache der Stadtrat, die Ausgestaltung übernehme der Ausschuss. Wo sei da die Konsequenz und warum werde dazu keine Änderung beantragt? Er sei gespannt auf die weitere Diskussion.

Er stellt noch einmal klar, dass dieses Verfahren ein fairer Ausgleich zwischen Ausschussarbeit und intensiver Wiedergabe in der Öffentlichkeit für die wichtigen Themen sei.

Frau Stadträtin Friedel verweist darauf, dass die TO der Stadtratssitzungen vorher veröffentlicht werden, damit jeder wisse, was behandelt werde. Ihr sei nicht bekannt, wo die TO der beschließenden Ausschüsse veröffentlicht werden. Sie fragt an, ob die TO der Ausschusssitzungen genauso zugänglich sei wie die TO des Stadtrates.

Die Oberbürgermeisterin verweist darauf, dass die TO im Amtsblatt und im Foyer des Rathauses bekannt gemacht werde.

Frau Stadträtin Jähnigen regt an, eine Überprüfung vorzunehmen, ob die Bekanntmachungssatzung novelliert werden müsse. Bisher gebe es die Bekanntmachungen im Amtsblatt sowie im Rathaus. Nachgedacht werden müsse dringend über eine Bekanntmachung im Internet.

Die Oberbürgermeisterin merkt an, dass daran bereits gearbeitet werde.

Herr Stadtrat Hoffsommer konstatiert, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Vorschlag des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit so nicht zustimmen könne. Gerade im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen habe er die bisherige Zusammenarbeit als sehr gut empfunden. Er finde es schade, wenn gerade an dieser Stelle keine Einigung erzielt werden könnte.

Herr Stadtrat Bertram verweist auf den § 12, Geschäftskreis des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit. Neben den allgemeinen Themen gebe es Themen, wo der Ausschuss nicht beschließend zuständig sei, sondern immer nur beratend. Sollte dieser Passus aus der Formulierung herausgenommen werden, würde das auch die Zuständigkeit beschränken.

Herr Stadtrat Krien merkt an, dass er es zwar nett finde, wenn die Oberbürgermeisterin ihm das „Schlusswort“ überlasse. Allerdings stehe dies im Widerspruch zur Geschäftsordnung, die eine Fraktionsrunde vorsehe und danach alle weiteren Redner.

Er verweist auf zwei redaktionelle Änderungen, die bei der Überarbeitung noch berücksichtigt werden sollten. Zum einen betreffe das die Einreichung von Wahlvorschlägen (nicht nur Fraktionen) und zum anderen die Nutzung des Wappens.

Geschäftsordnungsantrag

Frau Stadträtin Müller beantragt eine Auszeit von 5 Minuten.

Auszeit

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt den gleichlautenden Änderungsanträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der SPD-Fraktion mit 61 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem so geänderten Bericht des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit 59 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

1. Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit empfiehlt dem Stadtrat, die Vorlage mit Ausnahme der Paragraphen 9, 15 a und 20 zu vertagen und bittet die Oberbürgermeisterin, die Vorlage erneut in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit zu überweisen.

2. Aufgrund § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, ber. S. 159), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323, 325), beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden anliegende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden.

**Satzung
zur Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden
vom 2. Juni 1994,
zuletzt geändert am 25. Juni 2009**

Vom 1. Oktober 2009

Aufgrund § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, ber. S. 159), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323, 325), hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden in seiner Sitzung am 1. Oktober 2009 folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden beschlossen:

§ 1

Zu § 9 Bildung von beschließenden Ausschüssen

§ 9 wird wie folgt neu gefasst:

„§ 9 Bildung von beschließenden Ausschüssen

Als beschließende Ausschüsse werden gebildet:

1. der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit,
2. der Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften,
3. der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau,
4. der Ausschuss für Kultur
5. der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen
6. der Jugendhilfeausschuss,
7. der Ausschuss für Wirtschaftsförderung,

8. der Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft,
9. der Betriebsausschuss für IT-Dienstleistungen, Stadtentwässerung und Friedhofswesen,
10. der Betriebsausschuss für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen,
11. der Betriebsausschuss für Sportstätten und Bäder (zugleich Sportausschuss).“

§ 2

§ 15 a Geschäftskreis des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen

Es wird folgender § 15 a neu eingefügt:

„§ 15 a Geschäftskreis des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen ist zuständig für alle sozialen Angelegenheiten sowie Angelegenheiten der Gesundheitsfürsorge. Im Rahmen des Leistungsbestimmungsrechtes der Kommune ist er insbesondere zuständig für Förderrichtlinien der zuständigen Fachämter, Entscheidungen zu Grundsatzfragen der Leistungsgewährung, inhaltliche Konzeptionen zu spezifischen Personengruppen und zur Gesundheitsförderung sowie für Grundsatzentscheidungen zu aktuellen Förderprogrammen.

§ 3

Zu § 20 Bildung von beratenden Ausschüssen

§ 20 wird wie folgt neu gefasst:

„§ 20 Bildung von beratenden Ausschüssen

- (1) In ihrem Geschäftsbereich nehmen die in § 9 Ziff. 1 bis 11 genannten beschließenden Ausschüsse zugleich die Aufgaben beratender Ausschüsse wahr, soweit sie nicht selbst zur Entscheidung befugt sind.
- (2) Darüber hinaus wird der Petitionsausschuss als beratender Ausschuss gebildet.“

§ 4

In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Dresden,

Helma Orosz
Oberbürgermeisterin

Hinweis gemäß § 4 Abs. 4 Satz 4 SächsGemO

Sollte diese Satzung unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zu Stande gekommen sein, gilt sie ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. die Oberbürgermeisterin dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 benannten Frist
 - a. die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b. die Verletzung der Verfahrens- oder der Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Jahresfrist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Helma Orosz
Oberbürgermeisterin

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 59 Nein 10 Enthaltung 1

13 Bildung eines Ausschusses für Kindertagesstätten und Schulen

**A0007/09
beschließend**

Vertagung

14 Übernahme der Präsidentschaft im europäischen Netzwerk POLIS und Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters der Oberbürgermeisterin für die Politische Gruppe des Netzwerkes

**V0121/09
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin erläutert und begründet ausführlich die Vorlage.

Frau Stadträtin Jähnigen begrüße den Gedanken von POLIS und dass sich die Stadt stärker damit auseinander setzen wolle, was eine moderne und nachhaltige Mobilitätspolitik ausmache, was sie innovativ mache und wie man davon wegkomme, dass der Autoverkehr die Stadt überfließe.

Sie glaube, dass diese Auseinandersetzung, die die Oberbürgermeisterin in ihrer Begründung relativ wenig angesprochen habe, dringend notwendig sei, denn die Tunnelbaupläne, die Herr Bürgermeister Marx letztens der Presse, aber nicht dem Stadtrat vorgestellt habe, seien sehr autoorientiert. Nachdenklich habe sie gemacht, dass das Lenkungsgremium zur Steuerung des neuen Verkehrsentwicklungsplanes nicht die Interessen aller Verkehrsnutzer berücksichtigt, sondern einseitig die Interessen der Autonutzung vorgesehen habe. Darüber werde noch viel zu reden sein.

Sie hoffe, dass die Mitgliedschaft in diesem Gremium nicht als Repräsentative von der Stadtverwaltung und dem Stadtrat gesehen werde, sondern als eine Zuhörende und Lernende. Dresden habe da mit seiner Verkehrspolitik viel zu lernen, da sie nicht nur Motor zur Akquise von Fördermitteln sei, sondern die richtigen Fördermittel akquiriert werden müssen. Benötigt werden keine größeren und breiteren Straßen, sondern ein umweltfreundlicher und verbraucherfreundlicher Verkehr.

Probleme habe sie mit dem Finanzierungsvorschlag. Darin werde vorgeschlagen, die Mittel, die aus dem jetzt nach Beschluss des Stadtrates leider ausgelaufenem Vertrag mit dem

Welterbezentrum kommen, zu verwenden. Das finde sie falsch. Das Entwicklungsforum Dresden habe als Welterbezentrum eine sehr gute Arbeit geleistet, die unabhängig von der Frage des Welterbetitels weiter benötigt werde. Gerade in den nächsten Jahren werde man sich damit beschäftigen müssen, was Dresden brauche, um sich nachhaltig zu entwickeln, z. B. die Diskussion zum Flächennutzungsplan. Deshalb sei es notwendig, dass auch von der Bürgerschaft heraus diese Diskussion statfinde und von der Stadt gefördert werde. Dafür sei das Entwicklungsforum ein guter Träger.

Sie verweist weiter darauf, dass das Lingnerschloss ein erfolgreiches bürgerschaftliches Projekt sei. Die Sanierung schreite voran, und es gebe vielfältige Nutzungsinteressen. Ende August habe die Oberbürgermeisterin in Aussicht gestellt, dass diese Mittel, um die es heute für POLIS gehe, für das Lingnerschloss verwendet werden könnten.

Sie bittet die Oberbürgermeisterin um eine Erklärung, wie sie sich die Situation im Lingnerschloss zukünftig vorstelle und wie die Kosten dort gedeckt werden können.

Sollte von der Oberbürgermeisterin kein klarer Vorschlag kommen, werde sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei der Abstimmung der Vorlage enthalten. Gleichzeitig kündige sie Initiativen an, die der Bürgerschaft die Möglichkeit geben, über Stadtentwicklung zu diskutieren und die das Lingnerschloss unterstützen.

Die Oberbürgermeisterin stehe nach wie vor zu ihrem Gesagten. Da Frau Stadträtin Jähnigen sich sicherlich auch in haushaltstechnischen Gebaren auskenne, werde sie wissen, dass die finanzielle Sicherheit, die für diese Präsidentschaft notwendig sei, auch gesichert sein müsse. Im Moment sei die Haushaltsstelle durch die Kündigung des Vertrages frei. Hier wäre die Möglichkeit des Zugriffes, zumal die Haushaltsstelle im geschäftsführenden Bereich liege. Darüber hinaus habe man sich Gedanken darüber gemacht, in welcher Größenordnung aus dieser Haushaltsstelle finanzielle Mittel für das Lingnerschloss zur Verfügung gestellt werden können. Gemeinsam mit dem Lingnerschloss werde an der Konzeptentwicklung tatkräftig gearbeitet. Damit werde deutlich, dass das Lingnerschloss weiterhin Bestandteil der Agenda sei.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn bemerkt, dass Dresden eine Stadt mit vielen schönen Traditionen sei, eine davon sei Dresden als Standort der Verkehrswissenschaften. Dresden habe es in den letzten Jahren geschafft, nicht nur wissenschaftlich zu arbeiten, sondern eine moderne Verkehrspolitik zu verwirklichen. Dresdens Glanz könne mit der Übernahme der Präsidentschaft noch weiter verbreitet werden. Zudem könne man auch von Anderen noch etwas lernen.

Er verdeutlicht, dass die genannte Haushaltsstelle durch die Bereitstellung der Mittel gar nicht ausgeschöpft sei. Die CDU-Fraktion stehe nach wie vor dazu, das Lingnerschloss nicht hängen zu lassen und die Arbeit weiterzuführen. Aber das Welterbezentrum könne dort nicht mehr belassen werden, weil auf intensives Betreiben einiger der Welterbetitel der Stadt aberkannt wurde.

Die CDU-Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Herr Stadtrat Dr. Brauns schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an und verdeutlicht, dass die Verkehrspolitik in Dresden sehr gut sei. Mittlerweile kommen Verkehrspolitiker aus aller Welt nach Dresden, um noch etwas zu lernen, insbesondere was den ÖPNV anbelangt. Die Grünen versuchen wieder einmal, die Institution POLIS für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Die CDU-Fraktion unterstütze die Vertretung der Stadt in diesem Gremium sowie die Übernahme der Präsidentschaft durch die Oberbürgermeisterin.

Herr Stadtrat Bergmann spricht sich dafür aus, im europäischen Rahmen gegenseitig Erfahrungen auszutauschen, denn Dresden habe in dieser Hinsicht eine Menge zu bieten.

Er hebt hervor, dass die Hauptabteilung Mobilität eine hervorragende Arbeit geleistet habe. Weiterhin finde er es gut, dass der Verkehrsentwicklungsplan mit eingebracht werde, weil er sich gerade dort eine neue Offenheit der Diskussion erhoffe.

Bezüge zur Welterbediskussion herzustellen, sei aus seiner Sicht überspannt. Man sollte beim Verkehr bleiben, da seien die Probleme groß genug.

Die SPD-Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Beschlusspunkt 1 mit 59 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen zu.

Die Oberbürgermeisterin schlägt zu Punkt 2 der Vorlage V0121/09 die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es Widerspruch von Herrn Stadtrat Krien. Deshalb erfolgt eine Mehrheitswahl.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 10 und **TOP 14, Punkt 2**, und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich gestaltet. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Ergebnis der Mehrheitswahl zu Punkt 2:

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69, davon 4 ungültige Stimmen

Jörn Marx: 49 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen

1. **Der Stadtrat beschließt** die Bewerbung Dresdens um die Präsidentschaft im europäischen Netzwerk POLIS für das Jahr 2010 sowie um eine Wiederwahl für das Jahr 2011.
2. Der Stadtrat wählt als Vertreter der Oberbürgermeisterin in der Politischen Gruppe im Netzwerk POLIS den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Herrn Jörn Marx.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1: Ja 59 Nein 0 Enthaltung 11

Punkt 2: gewählt

15 Überprüfung der Stadträte auf MfS-Tätigkeit

**A0057/09
beschließend**

Verweisung

16 Städtebauliche Überplanung

**A0015/09
beschließend**

Verweisung

**17 Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer
Kinderarbeit im öffentlichen Beschaffungswesen A0024/09
beschließend**

Verweisung

**18 Dresdner Umweltprämie für Altfahrräder A0005/09
beschließend**

Vertagung

**19 Bericht zum Sachstand hinsichtlich möglicher
Ungleichbehandlungen bei der Bemessung der Grundsteuer in
Eingemeindungsgebieten V0146/09
zur Information**

zur Kenntnis genommen

Helma Orosz
Vorsitzende

Johanna Reiher
Schriftführerin

Heidrun Volbrecht
Schriftführerin

Stadträtin/Stadtrat

Stadträtin/Stadtrat